

Kommuniqué des G7-Gipfels von Charlevoix

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der G7, sind am 8. und 9. Juni 2018 in Charlevoix im kanadischen Quebec zusammengekommen, geleitet von unseren gemeinsamen Werten der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte und unserem Bekenntnis zur Förderung einer regelbasierten internationalen Ordnung. Als fortgeschrittene Volkswirtschaften und führende Demokratien teilen wir das grundlegende Bekenntnis, in unsere Gesellschaften zu investieren und ihren Anforderungen gerecht zu werden sowie globale Herausforderungen anzunehmen. Wir bekräftigen gemeinsam unseren starken Willen, eine saubere Umwelt, saubere Luft und sauberes Wasser zu verwirklichen. Wir sind entschlossen, zusammenzuarbeiten, um eine gesunde, von Wohlstand geprägte, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete und gerechte Zukunft für alle zu schaffen.

Investitionen in Wachstum, das allen dienlich ist

2. Wir haben die gemeinsame Verantwortung, zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zusammenzuarbeiten, das allen zugutekommt, und insbesondere den Menschen, die am ehesten den Anschluss zu verlieren drohen. Wir begrüßen den Beitrag, den der technologische Wandel und die globale Verflechtung zur Erholung der Weltwirtschaft und zur verstärkten Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. Die weltweiten Konjunkturaussichten verbessern sich weiterhin, doch zu wenige Menschen haben bisher von diesem Wirtschaftswachstum profitiert. Während sich die Widerstandsfähigkeit gegenüber Risiken unter den Schwellenländern verbessert hat, führen uns die jüngsten Marktbewegungen dennoch potenzielle Anfälligkeiten vor Augen. Wir werden Entwicklungen auf den Märkten weiterhin überwachen und alle politischen Instrumente nutzen, um starkes, nachhaltiges, ausgewogenes und inklusives Wachstum zu fördern, das auf breiter Ebene Wohlstand schafft. Wir bekräftigen unsere bestehenden Wechselkurs-Verpflichtungen. Wir bekennen uns zur Förderung kluger, nachhaltiger und hochwertiger Investitionen, etwa in Infrastruktur, um Wachstum und Produktivität anzukurbeln und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Wirtschaftswachstum ist für steigende Lebensstandards unabdingbar. Wir erkennen ferner, dass die Wirtschaftsleistung allein als Erfolgsmesser nicht aussagekräftig ist, und erkennen an, dass es wichtig ist, andere gesellschaftliche und wirtschaftliche Indikatoren zur Messung von Wohlstand und Wohlbefinden zu prüfen. Wir sind entschlossen, die Hindernisse abzubauen, durch die unsere Bürger, einschließlich Frauen und Menschen am Rand der Gesellschaft, an einer umfassenden Teilhabe an der Weltwirtschaft gehindert werden. Wir billigen das Bekenntnis von Charlevoix zu Gleichstellung und Wirtschaftswachstum, mit dem wir unser Bekenntnis zur Ausmerzung der Armut, zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Einkommensgleichheit, zur Gewährleistung eines besseren Zugangs zu finanziellen Mitteln und zur Schaffung von menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten und einer hohen Lebensqualität für alle Menschen untermauern.
3. Um sicherzustellen, dass alle einen gerechten Beitrag leisten, werden wir uns über Ansätze im Hinblick auf gerechte, fortschrittliche, wirksame und effiziente Steuersysteme austauschen und die internationalen Bemühungen für eine Anwendung solcher Systeme unterstützen. Wir werden Steuerhinterziehung und Steuervermeidung auch weiterhin bekämpfen, indem wir die weltweite Umsetzung internationaler Standards fördern und der Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen entgegenwirken. Eine zentrale offene Frage bleibt, wie sich die Digitalisierung der Wirtschaft auf das internationale Steuersystem

auswirkt. Wir begrüßen den Zwischenbericht der OECD, in dem die Auswirkungen der Digitalisierung der Wirtschaft auf das internationale Steuersystem analysiert werden. Wir sind entschlossen, zusammenzuarbeiten, um bis 2020 eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

4. Wir erkennen an, dass Handel und Investitionen, die frei, fair und für alle Seiten vorteilhaft sind und gleichzeitig gegenseitige Vorteile schaffen, zentrale Triebfedern des Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen sind. Wir bekennen uns erneut zu den Schlussfolgerungen des G20-Gipfels in Hamburg zum Thema Handel, unterstreichen insbesondere die entscheidende Rolle eines regelbasierten internationalen Handelssystems und werden Protektionismus weiterhin bekämpfen. Wir nehmen zur Kenntnis, wie wichtig es ist, dass bilaterale, regionale und plurilaterale Vereinbarungen offen, transparent, integrativ und mit der WTO konform sind, und verpflichten uns, daran zu arbeiten, dass sie die multilateralen Handelsvereinbarungen ergänzen. Wir verpflichten uns, die WTO baldmöglichst zu modernisieren und sie somit gerechter zu gestalten. Wir streben den Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Hemmnisse sowie von Subventionen an.
5. Wir werden zusammenarbeiten, um bestehende internationale Regeln durchzusetzen und dort, wo dies erforderlich ist, neue Regeln auszuarbeiten, um wahrhaft gleiche Ausgangsbedingungen zu ermöglichen, wobei wir uns insbesondere mit nicht marktorientierten Maßnahmen und Verfahren sowie dem unzureichenden Schutz von Rechten des geistigen Eigentums, etwa in Form von erzwungenem Technologietransfer oder Diebstahl unter Zuhilfenahme des Internets, befassen werden. Wir fordern, dass - in diesem Jahr - Verhandlungen aufgenommen werden, um stärkere, internationale Regeln zu marktverzerrenden Industriesubventionen und handelsverzerrenden Maßnahmen durch Staatsunternehmen zu entwickeln. Wir rufen ferner alle Mitglieder des Globalen Forums zu Überkapazitäten in der Stahlindustrie auf, die Empfehlungen des Forums umgehend vollständig umzusetzen. Wir betonen, dass es dringend erforderlich ist, Überkapazitäten in anderen Bereichen wie Aluminium und Hochtechnologie zu vermeiden. Wir rufen die Internationale Arbeitsgruppe zu Exportkrediten auf, baldmöglichst im Jahr 2019 ein neues Leitlinienpaket für öffentlich geförderte Exportkredite auszuarbeiten.
6. Um ein Wachstum und eine gleichberechtigte Teilhabe, von denen alle Menschen profitieren, zu unterstützen, und um zu gewährleisten, dass unsere Bürger gesund und leistungsfähig sind, verpflichten wir uns, starke, zukunftsfähige Gesundheitssysteme zu unterstützen, die den Zugang zu einer hochwertigen und erschwinglichen Gesundheitsversorgung fördern, und stärkeres Augenmerk auf den Bereich geistige Gesundheit zu legen. Wir unterstützen Bemühungen um die Förderung und den Schutz der Gesundheit und des Wohlbefindens von Frauen und Heranwachsenden durch evidenzbasierte Gesundheitsfürsorge und Gesundheitsinformationen. Wir erkennen die zentrale Rolle der Weltgesundheitsorganisation bei Krisenfällen im Gesundheitsbereich an, auch durch ihren Notfallfonds und die Finanzfazilität der Weltbank für Pandemienotfälle, und betonen, dass diese Einrichtungen fortentwickelt sowie weiterhin dauerhaft finanziert werden müssen. Wir bekennen uns erneut dazu, unsere 76 Partner darin zu unterstützen, ihre Bemühungen zur Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften zu verstärken, auch indem sie kalkulierte nationale Aktionspläne entwickeln und unterschiedliche Finanzierungsquellen und von verschiedenen Akteuren getragene Ressourcen nutzen. Wir werden unsere weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen in einem "Eine Gesundheit"-Konzept priorisieren und koordinieren. Wir werden unsere Bemühungen zur Ausmerzung von Tuberkulose und ihren resistenten Formen beschleunigen. Wir bestätigen erneut unsere Entschlossenheit, mit Partnern zusammenzuarbeiten, um Polio auszumerzen und

den Übergang in eine poliofreie Welt sinnvoll zu gestalten. Wir bestätigen unsere Unterstützung für eine erfolgreiche Wiederauffüllung des Globalen Fonds im Jahr 2019.

7. Öffentliche Gelder, einschließlich öffentlicher Entwicklungsleistungen und Mobilisierung innerstaatlicher Ressourcen, sind wichtig, um auf die Vollendung der in der Agenda 2030 niedergelegten Ziele für nachhaltige Entwicklung hinzuarbeiten, doch öffentliche Gelder allein reichen nicht aus, um das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Entwicklung zu fördern, die notwendig sind, um allen Menschen aus der Armut herauszuhelfen. Daher haben wir uns dem Bekenntnis von Charlevoix zu innovativer Entwicklungsfinanzierung verpflichtet, um Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern zu fördern und mehr Chancengleichheit innerhalb und zwischen Staaten zu gewährleisten. Wir werden weiterhin in hochwertige und frei zugängliche Infrastruktur investieren. Wir fordern angesichts steigender Schuldenstände in einkommensschwachen Ländern und der Bedeutung von Schuldentragfähigkeit mehr Transparenz im Hinblick auf Schulden, nicht nur aufseiten einkommensschwacher Schuldnerländer, sondern auch aufseiten von Schwellenländern, die als Kreditgeber fungieren, und privater Gläubiger. Wir unterstützen die fortlaufenden Arbeiten des Pariser Clubs, des wichtigsten internationalen Forums für die Restrukturierung öffentlicher bilateraler Schulden, im Sinne einer breiteren Einbindung von Schwellenländern, die als Gläubiger fungieren. Wir erkennen an, welchen Wert Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe haben, die höhere Chancengleichheit und die Gleichstellung der Geschlechter fördern und in deren Mittelpunkt die am stärksten gefährdeten Menschen stehen, und werden weiterhin an der Entwicklung innovativer Finanzierungsmodelle arbeiten, um zu gewährleisten, dass niemand zurückgelassen wird.

Vorbereitung auf die Arbeitsplätze der Zukunft

8. Wir sind entschlossen, zu gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer Zugang zu den Fertigkeiten und der Bildung haben, die notwendig sind, um sich an die neue Arbeitswelt, die durch Innovationen aufgrund neuer Technologien entstanden ist, anzupassen und in ihr erfolgreich zu sein. Wir werden Innovationen fördern, indem wir eine Kultur des lebenslangen Lernens innerhalb der heutigen und zukünftigen Generation von Arbeitnehmern etablieren. Wir werden die marktorientierte Ausbildung und Bildung ausbauen, insbesondere für Mädchen und Frauen im Bereich der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Wir erkennen die Notwendigkeit an, Hindernisse im Hinblick auf die Übernahme von Führungspositionen durch Frauen und ihre Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des Arbeitsmarktes abzubauen, auch durch die Unterbindung von Gewalt, Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz und darüber hinaus. Wir werden innovative neue Ansätze im Hinblick auf die Berufs- und Lehrlingsausbildung sowie Möglichkeiten zur Beteiligung von Arbeitgebern und zur Verbesserung des Zugangs zu betrieblicher Ausbildung ausloten.
9. Wir betonen, wie wichtig es ist, darauf hinzuarbeiten, die soziale Absicherung wirksamer und effizienter zu gestalten und hochwertige Arbeitsplätze für Arbeitnehmer zu schaffen, auch für solche, die nicht standardisierten Beschäftigungsformen nachgehen. Es wird von zentraler Bedeutung sein, die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Unternehmen, Tarifpartnern, Bildungseinrichtungen und anderen einschlägigen Akteuren auszubauen, um Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, sich an die neue Arbeitswelt anzupassen und in ihr erfolgreich zu sein. Um die Vorteile künstlicher Intelligenz (KI) zu nutzen, billigen wir die Gemeinsame Vision von Charlevoix für die Zukunft der künstlichen Intelligenz. Wir erkennen

an, dass eine auf den Menschen ausgerichtete Herangehensweise an KI das Potenzial birgt, neue Quellen wirtschaftlichen Wachstums zu erschließen, unseren Gesellschaften beträchtlichen Nutzen zu bringen und dazu beizutragen, einige unserer drängendsten Herausforderungen zu bewältigen.

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Teilhabe von Frauen

10. Wir erkennen an, dass die Gleichstellung der Geschlechter von grundlegender Bedeutung für die Verwirklichung der Menschenrechte und ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Gebot ist. Die Ungleichbehandlung der Geschlechter besteht jedoch fort, trotz jahrzehntelanger internationaler Verpflichtungen, diese Unterschiede zu beseitigen. Wir werden weiterhin daran arbeiten, Hindernisse im Hinblick auf die Teilhabe und Entscheidungsmacht von Frauen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich abzubauen sowie die Möglichkeiten für alle Menschen, in jeder Hinsicht gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilzunehmen, zu verbessern. Dabei werden wir die vollständige wirtschaftliche Teilhabe von Frauen fördern, indem wir darauf hinarbeiten, die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen zu reduzieren, Frauen in Führungspositionen und Unternehmerinnen unterstützen und den Wert unbezahlter Betreuungsarbeit anerkennen.
11. Der gleichberechtigte Zugang zu hochwertiger Bildung ist von zentraler Bedeutung für die Mitgestaltungsmacht und Chancengleichheit von Mädchen und Frauen, insbesondere in entwicklungspolitischen Zusammenhängen und in Ländern, die von Konflikten betroffen sind. Mit der Erklärung von Charlevoix über hochwertige Bildung für Mädchen, heranwachsende Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern bringen wir unser Bekenntnis zum Ausdruck, die Möglichkeiten für eine mindestens zwölfjährige sichere und hochwertige Bildung für alle Menschen zu verbessern und Hindernisse im Bereich hochwertiger Bildung für Mädchen und Frauen abzubauen, insbesondere in Notsituationen und in von Konflikten betroffenen oder fragilen Staaten. Wir erkennen an, dass Mädchen, die am Rand der Gesellschaft stehen, etwa Mädchen mit Behinderungen, zusätzliche Hindernisse in Bezug auf den Zugang zu Bildung überwinden müssen.
12. Die Förderung der Gleichstellung und die Unterbindung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen kommen allen zugute und sind eine gemeinsame Aufgabe, bei der jeder Mensch, auch Männer und Jungen, eine wichtige Rolle spielt. Wir billigen das Bekenntnis von Charlevoix zur Beendigung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Misshandlung und Belästigung in digitalen Kontexten und sind entschlossen, alle Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu beenden. Wir streben eine Zukunft an, in der die Menschenrechte des Einzelnen in der digitalen Welt ebenso geschützt sind wie in der realen Welt, und in der jeder über die gleichen Chancen verfügt, sich an politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zu beteiligen.

Schaffung einer friedlicheren und sichereren Welt

13. Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung für die Schaffung einer friedlicheren und sichereren Welt und erkennen an, dass die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit für dauerhafte Sicherheit und ein Wirtschaftswachstum, von dem alle Menschen profitieren, erforderlich sind. Die weltweiten Bedrohungen für die Sicherheit, mit denen wir konfrontiert sind, sind komplex und entwickeln sich stetig weiter, und wir verpflichten uns zur Zusammenarbeit, um Terrorismus zu bekämpfen. Wir begrüßen das Ergebnis der

internationalen Konferenz über die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die am 25. und 26. April 2018 in Paris stattgefunden hat. Ausländische terroristische Kämpfer müssen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Wir verpflichten uns, uns mit der Nutzung des Internets für terroristische Zwecke, unter anderem als Instrument für Rekrutierung, Ausbildung, Propaganda und Finanzierung zu befassen, auch indem wir mit Partnern wie dem Globalen Internetforum zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten. Wir unterstreichen, wie wichtig es ist, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um Menschenhandel, Zwangsarbeit, Kinderarbeit und alle Formen der Sklaverei, auch moderne Sklaverei, auszumerzen.

14. In Anerkennung der Tatsache, dass Länder, in denen mehr Gleichberechtigung herrscht, stabiler, friedlicher und demokratischer sind, sind wir entschlossen, die Umsetzung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit zu stärken. Geschlechtersensible Maßnahmen, die auch der Teilhabe und den Ansichten von Frauen zur Verhütung und Ausmerzung des Terrorismus Rechnung tragen, sind unabdingbar für wirksame und nachhaltige Ergebnisse, den Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Verhütung anderer Menschenrechtsverletzungen.
15. Wir verpflichten uns, wie im Bekenntnis von Charlevoix zum Schutz der Demokratie vor Bedrohungen aus dem Ausland niedergelegt, abgestimmt zu handeln, um ausländischen Akteuren entgegenzutreten, die unsere demokratischen Gesellschaften und Institutionen, unsere Wahlverfahren, unsere Souveränität und unsere Sicherheit zu untergraben versuchen. Wir erkennen an, dass solche Bedrohungen, insbesondere wenn sie von staatlichen Akteuren ausgehen, nicht nur eine Bedrohung für die G7-Nationen darstellen, sondern für den Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die regelbasierte internationale Ordnung. Wir rufen andere Parteien auf, diese wachsenden Bedrohungen mit uns gemeinsam anzugehen und die Widerstandsfähigkeit und Sicherheit unserer Institutionen, Volkswirtschaften und Gesellschaften zu stärken sowie abgestimmt zu handeln, um diejenigen Akteure, die uns schaden wollen, ausfindig zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen.
16. Wir rufen Nordkorea nach wie vor auf, vollständig, nachprüfbar und unwiderruflich die Gesamtheit seiner Massenvernichtungswaffen und ballistischen Flugkörper zu zerstören sowie die damit verbundenen Programme einzustellen und die entsprechenden Anlagen abzubauen. Wir nehmen jüngste Entwicklungen zur Kenntnis, darunter die Ankündigung eines Moratoriums für Atomtests und die Starts ballistischer Flugkörper durch Nordkorea, ein in der Erklärung von Panmunjom am 27. April abgegebenes Bekenntnis zur Entnuklearisierung - in der Annahme einer vollständigen Umsetzung - und die offensichtliche Schließung des Atomtestgeländes Punggye-ri am 24. Mai; wir bekräftigen jedoch erneut, wie wichtig eine vollständige Entnuklearisierung ist. Die Zerstörung aller nordkoreanischen Massenvernichtungswaffen und ballistischen Flugkörper wird zu einer besseren Zukunft für alle Menschen auf der koreanischen Halbinsel führen und birgt die Chance auf Wohlstand für die Menschen in Nordkorea, die schon zu lange leiden. Es muss jedoch noch mehr getan werden, und wir fordern alle Staaten auf, starken Druck aufrechtzuerhalten, auch durch die vollständige Umsetzung einschlägiger Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, um Nordkorea dringend dazu aufzufordern, seinen Kurs zu ändern und entscheidende und unwiderrufliche Schritte zu unternehmen. In diesem Zusammenhang rufen wir Nordkorea erneut auf, die Menschenrechte seiner Bevölkerung zu achten und das Entführungsproblem umgehend zu lösen.
17. Wir rufen Russland dringend auf, sein destabilisierendes Verhalten zur Untergrabung demokratischer Systeme sowie seine Unterstützung für das syrische Regime einzustellen. Wir verurteilen den Angriff mit militärisch einsetzbarem Nervengas im britischen Salisbury. Wir teilen

die Einschätzung des Vereinigten Königreichs und stimmen ihr zu, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass die Russische Föderation für den Anschlag verantwortlich war, und es keine andere plausible Erklärung gibt. Wir fordern Russland dringend auf, seinen internationalen Verpflichtungen sowie seiner Verantwortung als ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats nachzukommen, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren. Dennoch werden wir den Dialog mit Russland zur Bewältigung regionaler Krisen und globaler Herausforderungen fortsetzen, wo es in unserem Interesse liegt. Wir erklären erneut, dass wir die völkerrechtswidrige Annexion der Krim verurteilen, und bekräftigen unsere beständige Unterstützung für die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir halten an unserer Verpflichtung fest, die Ukraine bei der Umsetzung ihrer ehrgeizigen und notwendigen Reformagenda zu unterstützen. Wir erinnern daran, dass die Aufrechterhaltung der Sanktionen in direktem Zusammenhang damit steht, dass Russland seine Verpflichtungen aus den Vereinbarungen von Minsk nicht vollständig umgesetzt hat und die Souveränität der Ukraine nicht achtet, und wir unterstützen uneingeschränkt die Bemühungen im Normandie-Format und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, eine Lösung für den Konflikt in der Ostukraine zu finden. Wir sind bereit, auch weitere einschränkende Maßnahmen zu ergreifen, um die Kosten für Russland zu erhöhen, sollten seine Handlungen dies erforderlich machen. Wir bekennen uns unverändert dazu, die russische Zivilgesellschaft zu unterstützen und persönliche Kontakte aufzubauen und zu fördern.

18. Wir verurteilen die mörderische Brutalität von Daesh und die Unterdrückung der Zivilbevölkerung in den von Daesh kontrollierten Gebieten in aller Schärfe. Als internationale Gemeinschaft bleiben wir dem Ziel verpflichtet, Daesh und seine hasserfüllte Ideologie auszumerzen. In Syrien verurteilen wir ferner den wiederholten und moralisch verwerflichen Einsatz chemischer Waffen durch das syrische Regime und durch Daesh. Wir appellieren an die Unterstützer des Regimes, dafür Sorge zu tragen, dass das Regime seiner Verpflichtung nachkommt, verbliebene chemische Waffen zu melden und zu vernichten. Wir missbilligen die Tatsache, dass Syrien im Mai den Vorsitz der Abrüstungskonferenz geführt hat, da das Land internationale Nichtverbreitungsnormen und -vereinbarungen beständig und eklatant missachtet. Wir bekräftigen unser gemeinsames Bekenntnis zum Chemiewaffenübereinkommen und rufen alle Staaten auf, die anstehende Sonderkonferenz der Vertragsstaaten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zu unterstützen und zusammenzuarbeiten, um die Fähigkeit der OPCW zur Förderung der Durchführung des Übereinkommens zu stärken. Wir rufen diejenigen Staaten, die dies noch nicht getan haben, dazu auf, sich der internationalen Partnerschaft gegen Straffreiheit beim Einsatz chemischer Waffen (International Partnership Against Impunity for the Use of Chemical Weapons) anzuschließen. Wir fordern eine glaubwürdige, inklusive und nicht konfessionell geprägte politische Führung in Syrien, herbeigeführt durch freie und faire Wahlen, die den höchsten internationalen Transparenz- und Rechenschaftsstandards entsprechen und an denen sich alle Syrer, auch Mitglieder der Diaspora, beteiligen dürfen.
19. Wir sind nach wie vor besorgt angesichts der Situation im Ost- und Südchinesischen Meer und sprechen uns erneut nachdrücklich gegen alle einseitigen Schritte aus, die Spannungen verschärfen sowie die regionale Stabilität und die regelbasierte internationale Ordnung untergraben könnten. Wir fordern alle Parteien dringend auf, die Entmilitarisierung umstrittener Gebilde voranzutreiben. Wir sind entschlossen, eindeutig Stellung gegen Menschenrechtsverletzungen, Menschenhandel und Korruption überall auf der Welt zu

beziehen, besonders, da dies Auswirkungen auf schwache Bevölkerungsgruppen hat, und rufen die internationale Staatengemeinschaft auf, weltweit entschieden gegen diese Missstände vorzugehen. Wir begrüßen die jüngsten Zusagen vonseiten Myanmars und verpflichten uns zu einer Koordinierung der Bemühungen um die Schaffung von dauerhaftem Frieden und die Unterstützung des demokratischen Übergangs in Myanmar, insbesondere im Zusammenhang mit der andauernden Rohingya-Krise, um humanitären Hilfsorganisationen sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren und die sichere, freiwillige und menschenwürdige Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen zu ermöglichen. Wir sind zutiefst besorgt über die Missachtung von Menschenrechten und demokratischen Grundprinzipien in Venezuela sowie über die sich zuspitzende Wirtschaftskrise und ihre humanitären Auswirkungen. Wir bringen unsere Besorgnis über die sich stetig verschlechternde Lage in Jemen zum Ausdruck und rufen alle Parteien erneut auf, das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt zu achten.

20. In dem Bewusstsein, dass das iranische Programm im Bereich ballistische Flugkörper eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt, fordern wir Iran auf, den Abschuss ballistischer Flugkörper und alle anderen Aktivitäten zu unterlassen, die unvereinbar mit Resolution 2231 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen - einschließlich aller Anlagen - sind und sich destabilisierend auf die Region auswirken, und die Verbreitung von Raketentechnologie einzustellen. Wir verpflichten uns, dauerhaft zu gewährleisten, dass Irans Atomprogramm friedlich bleibt und im Einklang steht mit seinen internationalen Verpflichtungen und Zusagen, niemals Kernwaffen anzustreben, zu entwickeln oder zu erwerben. Wir verurteilen jegliche finanzielle Unterstützung für den Terrorismus, einschließlich terroristischer Gruppierungen, die von Iran gefördert werden. Wir rufen Iran ferner auf, eine konstruktive Rolle zu spielen, indem es einen Beitrag zu den Anstrengungen leistet, Terrorismus zu bekämpfen und politische Lösungen, Aussöhnung und Frieden in der Region herbeizuführen.
21. Wir sind nach wie vor besorgt über den israelisch-palästinensischen Konflikt, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse. Wir unterstützen die unverzügliche Wiederaufnahme substanzieller Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern, die darauf abzielen, eine Lösung auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, die Frieden und Sicherheit für beide Parteien gewährleistet. Wir betonen, wie wichtig es ist, so bald wie möglich die katastrophale und sich verschlechternde humanitäre und sicherheitspolitische Lage im Gazastreifen anzugehen.
22. Die Sicherheit, Stabilität und nachhaltige Entwicklung Afrikas haben für uns hohe Priorität und wir bekräftigen unsere Unterstützung für von Afrika getragene Initiativen, auch auf regionaler Ebene. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, partnerschaftlich mit dem afrikanischen Kontinent zusammenzuarbeiten und die Agenda 2063 der Afrikanischen Union zu unterstützen, um Afrikas Potenzial auszuschöpfen. Wir werden die afrikanischen Fähigkeiten für bessere Krisen- und Konfliktprävention und -reaktion sowie für ein besseres Krisen- und Konfliktmanagement und die Stärkung demokratischer Institutionen fördern. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu Stabilisierung, Einheit und Demokratie in Libyen, die von zentraler Bedeutung für die Stabilität des Mittelmeerraums und Europas sind. Wir unterstützen die Bemühungen des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Ghassan Salamé, um einen alle Seiten einbeziehenden politischen Prozess auf der Grundlage seines Aktionsplans, und ermuntern alle libyschen und regionalen Akteure, ihr konstruktives Engagement fortzuführen wie in der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats zu Libyen vom 6. Juni 2018 niedergelegt. Wir unterstützen den Präsidenschaftsrat für Libyen und die libysche Regierung der Nationalen Einheit in ihren Bemühungen um eine Festigung staatlicher Institutionen.

Zusammenarbeit im Bereich Klimawandel, Meere und saubere Energie

23. Ein gesunder Planet und nachhaltiges Wirtschaftswachstum wirken sich wechselseitig positiv aufeinander aus, und wir führen daher die internationalen Bemühungen hin zu einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Zukunft fort, die Arbeitsplätze für unsere Bürger schafft. Wir unterstützen nachdrücklich die umfassende Teilhabe und Führungsverantwortung von jungen Menschen, Mädchen und Frauen im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Wir bekräftigen gemeinsam unsere feste Entschlossenheit, eine saubere Umwelt, saubere Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden zu verwirklichen. Wir verpflichten uns, weiterhin Maßnahmen zu ergreifen, um unsere gemeinsame Energiesicherheit zu stärken und eine Führungsrolle zu übernehmen, wenn es darum geht sicherzustellen, dass unsere Energiesysteme sich weiterhin förderlich auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum auswirken. Wir erkennen an, dass jeder Staat seinen eigenen Weg hin zu einer schadstoffarmen Zukunft einschlagen kann. Wir sehen der Annahme eines gemeinsamen Leitlinienpakets auf der 24. Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen erwartungsvoll entgegen.
24. Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Europäische Union bekräftigen ihre feste Entschlossenheit zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris durch ehrgeizige klimapolitische Maßnahmen, insbesondere durch die Verringerung von Emissionen bei gleichzeitiger Förderung von Innovationen, Verbesserung der Anpassungskapazitäten, Stärkung und Finanzierung der Widerstandsfähigkeit und Verringerung der Anfälligkeit sowie Gewährleistung eines gerechten Übergangs, auch durch verstärkte Anstrengungen zur Mobilisierung von Mitteln zur Finanzierung des Klimaschutzes aus einer Vielzahl von Quellen. Gegenstand unserer Gespräche waren die zentrale Rolle der Energiewende durch die Entwicklung marktbasierter sauberer Energietechnologien und die Bedeutung der Bepreisung von Kohlenstoff-Emissionen, der technologischen Zusammenarbeit sowie von Innovationen als Bestandteil nachhaltiger, widerstandsfähiger und kohlenstoffarmer Energiesysteme, um das Wirtschaftswachstum auch in Zukunft voranzutreiben und die Umwelt zu schützen, sowie die Finanzierung von Anpassungskapazitäten. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung unseren Bürgern gegenüber, Luft- und Gewässerverschmutzung sowie unsere Treibhausgasemissionen zu reduzieren, um im Laufe der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine kohlenstoffneutrale Weltwirtschaft zu verwirklichen. Wir begrüßen die Annahme einer Resolution über einen Globalen Pakt für die Umwelt (Towards a Global Pact for the Environment) durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen und sehen einem Bericht des Generalsekretärs bei der nächsten Generalversammlung erwartungsvoll entgegen.
25. Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Europäische Union werden den Kampf gegen den Klimawandel durch partnerschaftliche Zusammenarbeit fördern und mit allen einschlägigen Partnern zusammenarbeiten, insbesondere mit allen Regierungsebenen, lokalen und indigenen Gemeinschaften und Gemeinschaften in entlegenen Küstengebieten und auf kleinen Inseln sowie mit dem Privatsektor, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft, um Lücken in der Politik, den Bedarf und bewährte Verfahren zu ermitteln und zu bewerten. Wir erkennen den Beitrag an, den die „One Planet“-Konferenzen zu dieser gemeinsamen Bemühung leisten.
26. Die Vereinigten Staaten sind der Auffassung, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung von einem universellen Zugang zu erschwinglichen und zuverlässigen Energiequellen abhängen. Sie verpflichten sich zu fortlaufenden Maßnahmen zur Stärkung der

gemeinsamen Energiesicherheit der Welt, auch durch Maßnahmen, die offene, vielfältige, transparente, liquide und sichere globale Märkte für alle Energiequellen schaffen. Die Vereinigten Staaten werden auch in Zukunft Energiesicherheit und Wirtschaftswachstum so fördern, dass die Gesundheit der Meere und der Umwelt dieser Planeten verbessert wird, und dabei gleichzeitig öffentlich-private Investitionen in Energieinfrastruktur und -technologien fördern, mit denen die Fähigkeiten von Ländern verbessert werden, auf der Grundlage ihrer jeweiligen nationalen Gegebenheiten Energie aus allen verfügbaren Quellen zu erzeugen, zu transportieren und zu nutzen. Die Vereinigten Staaten werden danach streben, eng mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, um ihnen dabei zu helfen, fossile Brennstoffe sauberer und effizienter zu gewinnen und zu nutzen, und ihnen dabei zu helfen, erneuerbare und andere saubere Energiequellen einzusetzen, angesichts der Bedeutung, die dem Zugang zu Energie und der Energiesicherheit bei ihren national festgelegten Beiträgen zukommt. Die Vereinigten Staaten sind überzeugt von der zentralen Rolle der Energiewende durch die Entwicklung marktbasierter sauberer Energietechnologien und der Bedeutung von technologischer Zusammenarbeit und Innovationen als Bestandteil nachhaltiger, widerstandsfähiger und sauberer Energiesysteme, um das Wirtschaftswachstum auch in Zukunft voranzutreiben und die Umwelt zu schützen. Die Vereinigten Staaten bekräftigen ihr Bekenntnis, nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern, und betonen, wie wichtig es ist, weiterhin Maßnahmen zur Reduzierung der Luft- und Gewässerverschmutzung zu ergreifen.

27. In Anerkennung der Tatsache, dass gesunde Ozeane und Meere sich unmittelbar positiv auf die Lebensgrundlagen, Ernährungssicherheit und den wirtschaftlichen Wohlstand von Milliarden von Menschen auswirken, sind wir mit den Staats- beziehungsweise Regierungschefs von Argentinien, Bangladesch, Haiti, Jamaika, Kenia, den Marshallinseln, Norwegen, Ruanda (Vorsitz der Afrikanischen Union), Senegal, den Seychellen, Südafrika, Vietnam sowie mit führenden Vertretern der Vereinten Nationen, des IWF, der Weltbank und der OECD zusammengekommen, um konkrete Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Meeresumwelt und zur Gewährleistung einer nachhaltigen Nutzung mariner Ressourcen als Teil einer erneuerten Agenda für verstärkten weltweiten Schutz der biologischen Vielfalt zu erörtern. Wir billigen das Konzept von Charlevoix für gesunde Ozeane und Meere sowie widerstandsfähige Küstengemeinschaften und werden unser Wissen über die Meere vertiefen, nachhaltige Meere und nachhaltige Fischerei fördern, widerstandsfähige Küsten und Küstengemeinschaften unterstützen und den Plastikmüll in Meeren sowie die Meeresvermüllung angehen. In Anerkennung der Tatsache, dass Kunststoffe in unserer Wirtschaft und unserem Alltag eine wichtige Rolle spielen, dass jedoch unsere aktuelle Herangehensweise an Herstellung, Verwendung, Management und Entsorgung von Kunststoffen eine große Bedrohung für die Meeresumwelt, Lebensgrundlagen und potenziell auch für die menschliche Gesundheit darstellt, billigen wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Kanadas und des Vereinigten Königreichs sowie die führenden Vertreter der Europäischen Union, die G7-Charta zur Bekämpfung von Plastik im Meer.

Schlussfolgerung

28. Wir tragen die gemeinsame Verantwortung, zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zusammenzuarbeiten, das allen zugutekommt, insbesondere den Menschen, die am ehesten den Anschluss zu verlieren drohen. Wir möchten unseren Bürgern, unserer Zivilgesellschaft, dem Beratungsgremium für Gleichstellungsfragen (Gender Equality Advisory Council), den offiziellen Outreach-Gruppen der G7 und anderen Partnern für ihre

bedeutsamen Beiträge zum kanadischen Vorsitz danken. Wir begrüßen das Angebot des französischen Staatspräsidenten, unser nächstes Gipfeltreffen 2019 auszurichten, sowie sein Bekenntnis, die Führungsrolle der G7 in Bezug auf unsere gemeinsame Agenda aufrechtzuerhalten.